

Akademische Freiheit heute

Antrittsrede anlässlich der feierlichen
Rektoratsübergabe,
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
16.10.1996

Reinhard Kreckel

Der Hallesche Graureiher 96-6

Herr Ministerpräsident! Herr Landtagspräsident! Herr Oberbürgermeister!

Lieber Herr Kollege Berg!

Verehrte Rektoren, Dekane, Senatoren!

Hochgeschätzte Halloren!

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit ihrer Gründung am 12. Juni 1694 ist die Universität Halle von 255 Rektoraten geführt worden. Nimmt man die ältere Wittenberger Tradition hinzu, so kann der heutige Rektor auf über 400 Amtsvorgänger zurückblicken. Große Namen waren darunter - in Wittenberg keine geringeren als ihr Gründungsrektor, der Mediziner Martin Polich von Mellerstedt, der große Humanist Philipp Melanchthon, der Physiker und Mediziner Martin Gotthelf Löscher, in Halle der aufklärerische Jurist Christian Thomasius, der Orientalist und Theologe August Hermann Francke, Christian Wolff, der große Philosoph, Simon Peter Gasser, der Begründer der ökonomischen Staatswissenschaften, der Mediziner Friedrich Hoffmann, der Kirchenhistoriker und langjährige Kanzler August Hermann Niemeyer, der bedeutende Physiker Hermann Knoblauch, der Staatsrechtslehrer Franz von Liszt und Otto Eißfeldt, der aufrechte Theologe und erste Nachkriegsrektor, der auch vor 1933 schon einmal das höchste Amt der Universität innegehabt hatte. Das ist, fürwahr, eine stolze Reihe großer Männer - auch wenn man Frauen unter ihnen vermissen muß.

Verehrte Damen und Herren, Sie mögen es nun wohl als eine Anmaßung empfinden, wenn ich selber mich dieser illustren Reihe zuordne. Aber das geschieht nicht aus Eitelkeit. Die Rückerinnerung an große Vorgänger ist für mich vielmehr eine deutliche Aufforderung zur Bescheidenheit - und zwar zu Bescheidenheit in einem doppelten Sinne:

Zum einen geht kein Weg an der Einsicht vorbei, daß unsere Universität von den politischen und moralischen Verwüstungen der NS-Zeit und von der darauf folgenden Periode repressiver Bevormundung durch den SED-Staat in ihrer

Substanz tief erschüttert worden ist und daß sie auch unter den Folgen der Umbruchs- und Abwicklungswirren nach 1990 noch immer leidet. Ein unbefangenes Wiederanknüpfen an große alte Namen und Traditionen ist deshalb nicht mehr möglich. Vielmehr müssen wir jetzt, in Anerkennung unserer **ganzen** Geschichte, noch einmal - sehr bescheiden - neu die Ärmel aufkrepeln, um uns den großen Namen unserer Martin-Luther-Universität wieder zu verdienen.

Zur Bescheidenheit gemahnt die Rückerinnerung an große Vorgänger aber noch in einem ganz anderen Sinne. Alle die genannten Rektoren sind zugleich bedeutende Gelehrte gewesen. Und doch, ihre Forschungsleistungen sind heute ebenso überholt wie die ihrer weniger berühmten Zeitgenossen und Kollegen. Genau diese Erfahrung der notwendigen Vergänglichkeit unserer Forschungsergebnisse ist es, die uns Wissenschaftler aller Disziplinen über Zeit und Raum hinweg miteinander verbindet - und die es auch rechtfertigt, daß wir alle in **einer** Universität zusammengehören: Uns alle eint das Wissen, daß unsere Versuche zur Erforschung der Wahrheit stets vorläufig bleiben werden. Weder persönliche Reputation noch äußerlicher Pomp werden daran etwas ändern. Bescheidenheit ist deshalb die einzig angemessene Haltung. Wenn nämlich Wissenschaftler diese sokratische Einsicht vergessen, tritt an die Stelle offener Wahrheitssuche die eitle Rechthaberei. Das sollten wir niemandem, vor allem nicht unseren Studentinnen und Studenten antun.

Wer mich ein wenig kennt, wird vielleicht bemerkt haben, daß diese einleitenden Überlegungen zugleich ein Stück persönlicher Kommentar sind - ein Kommentar des Umstandes, daß hier als neugewählter Rektor im prachtvollen Talar seiner Vorgänger ein Mann vor Ihnen steht, der gleichzeitig das geflügelte Wort des Jahres 1968, "Unter den Talaren - der Muff von 1000 Jahren", für einen wichtigen Meilenstein unserer neueren Universitätsgeschichte hält. Ein Widerspruch? Er bedarf sicherlich der Erläuterung.

Wir, die Studenten und Assistenten der 68er Jahre in Süd-, West- und Norddeutschland und in Westberlin, haben damals mit unserer ungestümen Kritik an den Universitäten gewiß einige Verwirrung gestiftet. Aber es ist uns dabei doch

auch manches Bemerkenswerte gelungen. Insbesondere hat die Studenten- und Assistentenbewegung mit dafür gesorgt, daß die Mentalitäten und Strukturen, die das NS-Regime während der ominösen zwölf Jahre seines sogenannten "Tausendjährigen Reiches" in den Universitäten hinterlassen hat, endgültig überwunden werden konnten.

Genau darauf, auf die Erbschaft des Hitlerschen "Tausendjährigen Reiches", war der ironische Satz vom "Muff der 1000 Jahre" ja ursprünglich gemünzt worden. Erst später ist daraus dann ein antiautoritärer und traditionsfeindlicher Rundumschlag geworden, der keine Differenzierungen mehr zuließ. Dem sollten wir nicht folgen. Wir können dann konstatieren, daß die ursprüngliche Aufgabe, den NS-Geruch aus den deutschen Universitäten zu vertreiben, jetzt im wesentlichen erledigt ist.

Jener **andere** Muff aber, der im östlichen Deutschland über 40 Jahre lang weite Teile der Universitäten mit Denkverboten und alle ihre Mitglieder mit unerträglichen Restriktionen und Überwachungen belegt hat, steht uns heute noch viel näher. Wir sollten deshalb alles tun, daß auch er keine Renaissance erlebt.

Dabei kann, so paradox es erscheinen mag, auch dieser immerhin knapp 100 Jahre alte Rektormantel ein Stück mithelfen. Denn man muß wissen, daß - etwa zeitgleich mit der Bundesrepublik - auch in der DDR Ende der 60er Jahre die Talare aus dem Verkehr gezogen worden sind. Das war jedoch nicht, wie im Westen, durch Druck von unten bewirkt worden. Verantwortlich ist dafür vielmehr die von oben verordnete III. Hochschulreform gewesen, die die weitgehende Gleichschaltung der DDR-Universitäten besiegelt hat. Wenn wir deshalb in Halle heute, nach der Katharsis von 1990, bei feierlichen Anlässen unsere alten Talare wieder tragen, so tun wir das als **bewußtes Kennzeichen unserer wiedergewonnenen akademischen Freiheit**. Wir tun es in aller Bescheidenheit, weil wir durch Schaden klug geworden sind. Mit Nostalgie und Geschichtsverklärung hat das nichts zu tun - eher schon mit einer Verbeugung vor den

Männern und Frauen, die die alten Roben im Zeichen der Erneuerung unserer Universität wieder angelegt haben.

"Akademische Freiheit", das ist jetzt mein Stichwort. Für mich ist es nämlich genau diese - niemals ganz verwirklichte - Idee der akademischen Freiheit, die uns über die Jahrhunderte hinweg noch heute mit dem humanistischen Wittenberg von 1502 und dem aufklärerischen Halle von 1694 verbindet. Deshalb können wir uns immer noch mit den alten Insignien identifizieren - als Zeichen dafür, daß wir uns die ehrwürdige, stets bedrohte Idee der akademischen Freiheit wieder zu eigen gemacht haben.

Ich hoffe, jetzt leuchten bei Ihnen Warnlichter auf, mit der Aufschrift "Vorsicht, Pathos!" Vor Pathos schützt vor allem eines: Präzision. Ich will deshalb versuchen, der Frage etwas genauer nachzugehen, was "akademische Freiheit" heute für uns bedeuten kann.

Meine Antwort auf diese Frage beginne ich mit einem Rückgriff auf mein Repertoire als Soziologe und mit einem kleinen historischen Exkurs: Den Werdegang der modernen westlichen Gesellschaften kann man als eine Geschichte der schrittweisen Ausdifferenzierung von relativ selbständigen Lebensbereichen verstehen, in denen jeweils eigene Spielregeln gelten. So hat schon im europäischen Hochmittelalter der Prozeß der allmählichen Trennung von weltlicher und religiöser Sphäre begonnen, also: von Thron und Altar, später von Staat und Kirche. Innerhalb der staatlichen Sphäre, die das Monopol der legitimen Gewaltanwendung für sich beanspruchte, kam es dann im Zuge der allmählichen Demokratisierung der Gesellschaften zu weiteren Differenzierungen, vor allem auch zu einer Gewaltenteilung zwischen den Bereichen der Exekutive, der Legislative und der Jurisdiktion mit ihren je unterschiedlichen Regeln und Zuständigkeiten. Als dritte relativ autonome Sphäre gesellschaftlichen Lebens neben Kirche und Staat bildete sich - mit der Ausweitung von Freihandel, Marktökonomie und industrieller Produktion - der Bereich der Wirtschaft heraus. Dort geht es nicht um Glauben und Moral, auch nicht um Recht und Gesetz, sondern primär ums Geld.

Das alles werden Sie längst wissen. Es dient mir hier nur als Hintergrund für die Feststellung, daß auch die Entstehung der Wissenschaften auf einem derartigen Prozeß der allmählichen gesellschaftlichen Ausdifferenzierung und Spezialisierung - oder, wenn Sie so wollen: der Emanzipation und Autonomisierung - beruht. In einer gewissen Vereinfachung kann man nämlich sagen: Der Bereich der Wissenschaft ist auf die rationale Gewinnung und Weitergabe von wahren Erkenntnissen spezialisiert. Er unterscheidet sich deshalb vom Bereich der Religion, in dem es um Glaubensgewißheiten geht, vom Bereich der Politik, in dem es um legitime Macht, und vom Bereich der Wirtschaft, in dem es um die Schaffung und Verteilung von Reichtum geht. Religion, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft - jeder dieser vier ausdifferenzierten Bereiche gehorcht also seiner eigenen, eigenwilligen Logik. Das ist ein wichtiges Kennzeichen der Moderne.

Was nun den Bereich anbetrifft, dem die Universitäten angehören, also: den Bereich der Wissenschaft, so läßt sich sagen, daß auch dieser sich im Laufe der Jahrhunderte immer weiter ausdifferenziert hat, in eine Vielzahl von spezialisierten Einzelwissenschaften. Trotz aller Formen- und Methodenvielfalt sind sich aber alle wissenschaftlichen Fachdisziplinen in ihrem allgemeinsten Ziel einig geblieben: der methodisch kontrollierten Wahrheitssuche. Ungeachtet aller Unterschiede der Gegenstände und der erkenntnistheoretischen Auffassungen herrscht deshalb auch quer durch die Fachdisziplinen Konsens darüber, was sich auf alle Fälle **nicht** mit wissenschaftlicher Erforschung von Wahrheit verträgt: Man weiß, dogmatische Wahrheitsvorgaben religiöser oder weltanschaulicher Herkunft sind forschungsfeindlich; politische Festlegungen von Forschungszielen und -methoden wirken erkenntnishemmend; und schließlich läßt sich Wahrheit auch nicht einfach mit Geld erkaufen. Anders gesagt, jede direkte Unterordnung der Wissenschaften unter die Spielregeln, die in den anderen gesellschaftlichen Bereichen gelten, ist schädlich. Denn es gilt der Kernsatz: **Wissenschaften bedürfen der Autonomie. Wird sie ihnen genommen, bringen sie nichts mehr zustande.** Das ist die simple Botschaft meiner kurzen historischen Vergegenwärtigung. Man kann sie gar nicht oft genug wiederholen.

Mit Vergnügen lese ich deshalb in einem Rundschreiben des für Wissenschaft und Forschung zuständigen Bundesministers Rüttgers, das mir vor wenigen Tagen auf den Schreibtisch flatterte, daß auch er das so sieht. Er schreibt dort, es "müssen Freiheit und Eigenverantwortung der Forschung gewahrt bleiben. Der Staat ist weder der klügere Wissenschaftler noch der innovativere Unternehmer"¹. In der Tat, so ist es. Wissenschaft muß frei von politischen, wirtschaftlichen und natürlich auch weltanschaulichen Übergriffen bleiben, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll. An diese einfache, aus langer historischer Erfahrung gewachsene Einsicht muß jeder erinnert werden, der heute an der "Stärkung des Standortes Deutschland in einer sich globalisierenden Wirtschaft" interessiert ist - und wer ist das hier nicht?

Aber - ist diese Botschaft nicht doch ein wenig **zu** simpel? Man denke nur an unsere eigenen Vorgänger, an das alte Wittenberg und das alte Halle in ihrer Blütezeit: Waren sie denn jemals autonom? Waren sie nicht Fürstengründungen, die sich jahrhundertlang fest im Griff eines protestantischen Territorialstaates befanden? Und ist es nicht bis auf den heutigen Tag so, daß die deutschen Universitäten fast vollständig durch die öffentliche Hand finanziert werden und der Rechtsaufsicht ihrer Ministerien unterstehen? Man muß also fragen, wie sich das alles mit "akademischer Freiheit" und "Autonomie der Universität" verträgt.

Die Antwort reicht noch vor das Jahr 1502, bis in die mittelalterlichen Universitäten zurück: Sie haben - gewissermaßen als "Gegengift" gegen religiöse, politische und wirtschaftliche Fremdbestimmungen - das **Prinzip der Kollegialität** zur Geltung gebracht. Die Professoren, oft gemeinsam mit ihren Studenten, haben das Recht auf Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten durchgesetzt, ganz ähnlich wie die damaligen Bruderschaften und Zünfte. Vollständig ist ihnen das wohl nirgends gelungen; zu eng waren überall die Bindungen an ihre Herren und Geldgeber. Aber die Grundidee war geboren. Professoren, also: Leute, die sich durch wissenschaftliche Leistung ausgewiesen hatten, stellten für sich den Anspruch, ihre eigenen Angelegenheiten als Gelehr-

¹ Aus: Innovation durch mehr Flexibilität und Wettbewerb. Leitlinien des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft, Bonn 9.7.1996.

tenrepublik selber zu regeln. Weder der Bischof noch der Fürst oder der Mäzen sollten das Recht haben, sich in akademische Angelegenheiten einzumischen. Als Repräsentanten wählten sich die Professoren einen der ihren zum Rektor - oder, wenn den der Landesherr stellte, dann eben zum Pro-Rektor. Man versah ihn mit großartigen Insignien, mit einem Zepter, mit einem Talar, mit dem Titel "rector magnificus". Aber viel zu sagen hatte er in der Regel nicht. Die eigentlichen Entscheidungen wurden kollegial gefällt, im Senat. Bewußt wurde der Rektor oder Pro-Rektor deshalb nur für kurze Zeit gewählt, nur für ein oder zwei Semester: Als primus inter pares sollte er repräsentieren, nicht regieren. Im Hauptberuf war er ja ohnehin Gelehrter.

Noch bis vor kurzem hat sich deshalb an deutschen Universitäten der Brauch gehalten, daß Rektoren in ihren Rektoratsreden einfach einen Fachvortrag hielten. Denn ihre persönliche Autorität beruhte weitgehend auf ihrer fachlichen Reputation. Die Sachautorität der Entscheidungen des Senates hatte ihre Begründung in der versammelten Fachkompetenz der Professoren. Eine professionalisierte Universitätsleitung mit besonderer hochschulpolitischer oder administrativer Qualifikation war nicht erforderlich.

Das scheint sich heute deutlich geändert zu haben. Als ein Indikator dafür können die Rektoratsreden der letzten Jahre aus anderen deutschen Universitäten dienen, die ich mir zur Vorbereitung auf den heutigen Anlaß angesehen habe: Es handelt sich dabei durchweg um hochschulpolitische Reflexionen oder programmatische Stellungnahmen; Fachvorträge sind nicht mehr darunter. Mancher Hochschulpräsident könnte einen solchen vielleicht gar nicht mehr halten.

Ist das nun ein Alarmzeichen, ein Zeichen der Politisierung und Entautonomisierung der Universitäten? Oder ist es eher der Ausdruck einer sachgerechten Weiterentwicklung? Vielleicht läßt sich die Frage besser beantworten, wenn ich nochmals auf das Kollegialitätsprinzip zurückkomme, also: auf jene höchst unwahrscheinliche Errungenschaft, mit deren Hilfe sich unsere Universitäten jahrhundertlang gegen übermächtige religiöse, politische

und wirtschaftliche Übergriffe erwehren konnten. Gewiß, nicht immer waren sie dabei gleich erfolgreich. Auch die Gefahr, von weltoffener Kollegialität in provinzielle Klüngelei und muffige Selbstgerechtigkeit abzugleiten, war stets gegeben. Aber wenn es gut ging, konnte das Prinzip der akademischen Kollegialität zur soliden Grundlage für das Funktionieren einer kritischen Diskursgemeinschaft werden, die den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß voranbrachte und unsachgemäße Einflüsse selbstbewußt abwehrte.

Die Blütezeiten der deutschen Universitäten sind stets Phasen der Weltoffenheit und souveränen Selbstbestimmung gewesen, die auf Perioden der Verstocktheit und provinziellen Enge folgten. Das gilt nicht nur für Humboldts Berliner Neugründung des frühen 19. Jahrhunderts. Auch Wittenberg, die Reformuniversität des frühen 16. Jahrhunderts, und Halle, die Reformuniversität des frühen 18. Jahrhunderts, sind leuchtende Beispiele dafür, wie geistige Stagnation durch einen neuen Aufbruch zu überwinden ist. Allerdings, einen historischen Automatismus, der dafür sorgt, daß nach einer Periode des Niederganges immer wieder ein neuer Aufschwung kommen muß, gibt es nicht. Ich möchte nur daran erinnern, daß (auf dem Gebiet des heutigen Deutschland) zwischen 1798 und 1818 15 alte Universitäten verschwunden sind - darunter so berühmte Stätten wie Köln, Erfurt, Altdorf, Ingolstadt, Mainz, Frankfurt an der Oder und eben auch Wittenberg.

Wenn wir wollen, daß die Universität Halle-Wittenberg an der Wende zum 21. Jahrhundert ihren großen Vorbildern folgen und nach einer langen Periode innerer und äußerer Beschränkungen wieder in Bewegung kommen soll, so dürfen wir also nicht einfach nur abwarten. Wir müssen schon etwas dafür tun, und wir müssen energisch zusammenhelfen.

Allerdings, Appelle an die Kollegialität allein werden das wohl schwerlich bewirken. Einige zusätzliche Voraussetzungen müssen schon erfüllt werden, wenn die Martin-Luther-Universität weiter gut vorankommen soll. Dazu möchte ich nun noch einiges sagen.

Zunächst will ich, mit einem Zitat des Philosophen Karl Jaspers aus dem Jahre 1960, vor einer verkürzten Problemsicht warnen. Er schrieb damals:

"Durch die Ausbildung der Arbeitskräfte ... wird der Aufgabe der Universität nicht genug getan. Durch Beschränkung auf jene Zwecke werden diese Zwecke selbst nicht in Wahrheit erfüllt. **Mit der Universität sinken Gesellschaft und Staat ab.**"²

Das heißt, um dem ganz selbstverständlichen ersten Zweck der Universität, der Lehre, gerecht zu werden, ist die Erfüllung ihres anderen Zweckes, der Forschung, eine notwendige Voraussetzung. Diesem zweiten Zweck aber ist nur dann Erfolg beschieden, wenn er in freier Selbstbestimmung verfolgt werden kann. Das bedeutet, daß die Verwirklichung der akademischen Freiheit eine grundlegende Erfolgsbedingung für die Universität ist.

Heute, angesichts der Probleme, vor denen die deutsche Gesellschaft aufgrund der zunehmenden Globalisierung des Weltwirtschaftssystems steht, gewinnen Jaspers' Einsichten neues Gewicht. Das Schlagwort von der "Wissensgesellschaft" macht die Runde. Dort gelten zwei lapidare Grundsätze: "Wissen ist Macht", lautet der eine, "Wissenschaft und Technik ist die erste Produktivkraft", lautet der andere. Das heißt, in dem arbeitsteiligen Beziehungsgeflecht zwischen den vier tragenden Funktionsbereichen der modernen Gesellschaft - Religion und Moral, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft - beginnt sich eine allmähliche Gewichtsverlagerung abzuzeichnen. Die Wissenschaften geraten in eine Schlüsselposition. Denn unser künftiges politisches und wirtschaftliches Gewicht im globalen Rahmen wird in immer stärkerem Maße von der Qualität unserer wissenschaftlichen Forschung und Lehre beeinflusst. Ein Indikator dafür ist die Leistungsfähigkeit und Attraktivität unserer Universitäten. Läßt sie zu wünschen übrig, wird man ihnen die Mittel kürzen und sie zu bloßen Ausbildungsstätten herabstufen - zum Schaden aller.

Meine Prämisse ist es, wie gesagt, daß nur die Universitäten mit ihren eigenen Selbstregelungsmechanismen die erforderliche Qualität und Attraktivität schaffen

² K.Jaspers, "Das Doppelgesicht der Universitätsreform", in: DUZ 15, H. 3, 1960, S. 8 (Hervorhebung: R.K.).

können. Deshalb sehe ich zur Zeit eine gute Chance dafür, daß auch politische und wirtschaftliche Instanzen aus wohlwogenem Eigeninteresse der Idee der akademischen Freiheit besonders zugänglich sind.

Freilich muß ich daran erinnern, daß es auch hier keinen Automatismus gibt, der garantiert, daß akademische Freiheit notwendigerweise zu hervorragenden Forschungsergebnissen führt und ein geistiges Klima schafft, das Studenten anzieht und zu Höchstleistungen anspricht. Warnend möchte ich auf die beiden folgenden gefährlichen Fehlentwicklungen hinweisen.

Die eine Fehlentwicklung beruht auf dem immer weiteren Fortschreiten der internen Differenzierung des Systems der Wissenschaften. Immer mehr Disziplinen und Subdisziplinen entstehen. Im Extremfall kann das existenznotwendige Prinzip des kollegialen Dialogs soweit aufgefächert sein, daß es für ein bestimmtes Spezialgebiet gerade noch zwei kompetente Gesprächspartner auf der ganzen Erde gibt - fürwahr, eine traurige Apotheose des dialogischen Prinzips! An der eigenen Universität versteht in einem solchen Fall in der Regel überhaupt niemand mehr, was ein derartiger Spezialist überhaupt tut. Dagegen ist solange wenig einzuwenden, wie solche Einzelgänger, die es an jeder Universität geben muß, nicht zu engstirnigen "Fachidioten" werden - ein anderes bedenkenswertes Schlüsselwort der 68er Bewegung. Soll die auf kollegialer Kritik und gegenseitigem Ansporn beruhende akademische Gemeinschaft nicht zerstört werden, muß alles dafür getan werden, die Kollegen in eine breitere akademische Diskurskultur einzubinden. Denn wo es zunehmend schwieriger wird, **systematische** Querverbindungen zwischen den einzelnen Spezialdisziplinen herzustellen, dort ist es nach meiner Erfahrung erstaunlicherweise dann doch immer wieder möglich, über die **persönliche** Kommunikation eine **praktische Interdisziplinarität** in Gang zu bringen, die die Zusammenhänge verständlich macht und Kooperation ermöglicht.

Im immer weiter vorangetriebenen Spezialistentum kann sich das Prinzip der akademischen Freiheit also selbst ad absurdum führen, indem es seine notwendige Voraussetzung, das Prinzip der akademischen Kollegialität, zerstört. In die gleiche Richtung läuft eine zweite Fehlentwicklung, die ich der Einfachheit

halber mit dem Schlagwort des "Lehrstuhlegoismus" kennzeichnen möchte. Solange sie nicht in Massen auftreten, sind Professoren, die der Universitätsleitung und dem Ministerium unentwegt wegen "ihren" Berufungszusagen, "ihren" Assistentenstellen, "ihrer" Sekretärin, "ihrem" Lehrdeputat, "ihrem" Forschungsfreiemester im Ohr liegen, ein ebenso unvermeidlicher Preis der akademischen Freiheit wie die kommunikationslosen Spezialisten. In Zeiten finanzieller Knappheit aber - und in solchen Zeiten leben wir ja - droht der Verteilungskampf zur Hauptbetätigung vieler Professoren zu werden. An die Stelle des konstruktiven Wettbewerbs unter Kollegen treten destruktive Verdrängungskonflikte, die das für die Universität lebensnotwendige Prinzip der kollegialen Selbstbestimmung zum Stillstand bringen. Meine Aufgabe als gewählter Rektor der Martin-Luther-Universität ist es, derartige Gefahren zu erkennen und ihnen entgegenzutreten. Im **Inneren** der Universität heißt das, daß ich mich ganz besonders darum zu kümmern habe, fachübergreifende Kommunikation und interdisziplinäre Forschung und Lehre zu ermutigen, konkurrierende Interessen auszugleichen, auf hohe Standards in Forschung und Lehre zu achten und für alle Professoren, Mitarbeiter und Studenten ein Klima der Weltoffenheit zu fördern, das für geistige Durchlüftung sorgt und keine muffigen Kleinkariertheiten aufkommen läßt.

In der **Außenwirkung** ist dafür zu kämpfen, daß die Martin-Luther-Universität in der akademischen Welt, im Bund, im Land, in der Region und in der Stadt wieder die Bedeutung gewinnt, die ihr von Alters her gebührt, die aber auch für eine erfolgreiche Bewältigung der Zukunft unerläßlich ist. Denn ohne die Kraft dauernder wissenschaftlicher Innovation und ohne immer neue Generationen von kreativen Universitätsabsolventen wäre es um unser Land schlecht bestellt.

Ich möchte deshalb auch mein Möglichstes tun, um unsägliche Konkurrenz- und Verteilungskämpfe unter den Hochschulen unseres Bundeslandes zu verhindern. Mir will scheinen, daß das Prinzip des kollegialen Wettbewerbs auch auf dieser Ebene so praktiziert werden kann, daß dabei die gemeinsamen Interessen befördert werden.

Mein Ziel ist es, im Land Sachsen-Anhalt gemeinsam an einem "Pakt der Vernunft" zu arbeiten, in dem Regierung und Parlament sich mit den Hochschulen des Landes zusammenfinden, um mittelfristig Planungssicherheit für den weiteren Aufbau der Hochschulen zu erreichen.

Verehrte Damen und Herren, da das alles so einfach ja nicht zu verwirklichen ist, mögen Sie nun vielleicht denken, daß dies der Auftakt sei für einen Ruf nach dem "starken Mann" in der Universität. In der Tat wird ja zur Zeit immer häufiger gefordert, die Dekane mit verstärkten Weisungskompetenzen auszustatten, an die Stelle kollegialer Rektoratsverfassungen "regierende Rektoren" oder professionellen Präsidenten zu setzen, und ähnliches.

Wenn Sie meinen Ausführungen bis hierher gefolgt sind, dürfte Sie meine Meinung dazu freilich kaum überraschen: Für ein Heilmittel halte ich derartige Vorschläge nicht. Ich denke, eine Universität muß erst einmal alles daran setzen, auf ihrem ureigensten Gebiet stark zu werden. Das aber ist, das habe ich jetzt oft genug betont, ein die Lehre tragende Forschung, die der Autonomie bedarf, um erfolgreich sein zu können. Die Autonomie der Universität gewinnt ihre Kraft aus der kollegialen Selbstbestimmung ihrer Mitglieder. Mit Befehl und Gehorsam ist da wenig auszurichten.

Sicherlich mag es dann eine Frage der Zweckmäßigkeit sein, ob intakte akademische Kollegialorgane sich entschließen, Entscheidungskompetenz und Verantwortung an die von ihnen gewählten und ihnen rechenschaftspflichtigen Repräsentanten zu übertragen. An der grundlegenden Einsicht, daß eine Universitätsleitung der kollegialen Einbindung und Unterstützung durch alle Mitglieder der Universität bedarf, ändert das nichts.

Ich möchte sie deshalb mit einem Satz verabschieden, der seine Verschmitztheit keineswegs verbergen will. Er lautet: Nur eine starke Universität kann einen starken Rektor verkraften.

Verehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.